

STRENG VERTRAULICH !

ZUSAMMENFASSENDES PROTOKOLL UEBER DIE  
ARBEITSGESPRAECHE ANLAESSLICH DES BESUCHES  
VON BUNDESKANZLER DR.KREISKY UND BUNDESMINISTER  
DR.KIRCHSCHLAEGER AM 3. UND 4.JULI 1970 IN BERN

=====

Teilnehmer:

auf österreichischer Seite:

Bundeskanzler Dr. Bruno KREISKY  
Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten  
Dr. Rudolf KIRCHSCHLAEGER  
Botschafter Dr. Erich BIELKA  
Sektionschef Dr. Fritz MEZNIK  
Botschafter Dr. Arno HALUSA  
Legationsrat Dr. Peter JANKOWITSCH  
Botschaftsrat Dr. Manfred SCHEICH

auf schweizerischer Seite:

- \* Bundesrat Ernst BRUGGER  
Vorsteher des Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartements
- Bundesrat Pierre GRABER  
Vorsteher des Eidgenössischen Politischen Departements
- Botschafter Paul JOLLES  
Direktor der Handelsabteilung (EVD)
- Botschafter Pierre MICHELI  
Generalsekretär des Eidgenössischen Politischen Departements
- Botschafter Albert WEITNAUER  
Delegierter für Handelsverträge und Spezialmissionen (EVD)
- Botschafter Ernesto THALMANN  
Chef der Abteilung für internationale Organisationen (EPD)
- \* Botschafter Pierre LANGUETIN  
Delegierter für Handelsverträge und Delegierter bei der EFTA (EVD)
- Botschafter Alfred ESCHER  
Botschafter der Schweiz in Wien

- 2 -

- Botschafter Rudolf BINDSCHEDLER  
Rechtsberater (EPD)
- Minister Emanuel DIEZ  
Chef der Rechtsabteilung (EPD)
- Minister Hans MIESCH  
Chef des Politischen Dienstes Ost (EPD)
- \* Minister Max FELLER  
Chef des Integrationsbüros (EPD/EVD)
- Albert Louis NATURAL  
Chef des Politischen Dokumentationsdienstes (EPD)
- Fürsprecher Pierre NUSSBAUMER  
Chef des Wirtschafts- und Finanzdienstes (EPD)
- Peter ERNI  
Chef des Informations- und Pressedienstes (EPD)
- \* Max JAEGER  
Integrationsbüro (EPD/EVD)
- Dr. Karl FRITSCHI  
Politischer Dienst Ost (EPD)
- Dr. Franz BLANKART  
Sekretär des Vorstehers des Eidgenössischen Politischen Departements

\* Diese Herren nahmen nur an der Arbeitsbesprechung am  
3. Juli 1970 teil.



I. Arbeitssitzung am Freitag, 3. Juli 1970, 14.30 - 17.15 Uhr

TRAKTANDEN:

Europäische  
Integration

Bundesrat Brugger verliest eine einleitende Erklärung (deren voller Text als Beilage 1 angeschlossen ist) und stellt darin fest, dass mit dieser Aussprache eine alte Tradition der österreichisch-schweizerischen Beziehungen wiederaufgenommen werde. Er gibt sodann einen Ueberblick über die bisherige Einstellung der beiden Länder gegenüber der EWG und ihre diesbezügliche Zusammenarbeit und stellt sodann die Ueberlegungen der Schweiz zur derzeitigen Integrations-situation dar. Abschliessend stellt er die Frage, wie Oesterreich die integrationspolitische Lage beurteile, ob sich Oesterreichs diesbezügliche Zielsetzungen mit jenen der Schweiz deckten und ob Oesterreich die neutralitätspolitischen Erfordernisse in ähnlicher Weise wie die Schweiz beurteile.

Bundeskanzler Kreisky führt einleitend aus, dass Oesterreich gegenüber der Schweiz in der Vergangenheit unter dem Nachteil gelitten habe, dass die Frage der Art seiner Teilnahme an der europäischen Integration ein sehr umstrittenes Innenpolitikum dargestellt habe. In Oesterreich habe es zwei Lager gegeben: ein die Frage illusionslos beurteilendes, wenn auch eine geeignete Teilnahme an der Integration befürwortendes Lager, und ein anderes, dessen Haltung von Illusionen bestimmt gewesen sei.

Der Druck der Sowjetunion sei von Beginn an stark gewesen. Er habe die Drohungen jedoch weder über- noch unterschätzt. Die Anwendung von Brachialmitteln sei seiner Ansicht nach nicht zu befürchten gewesen, wenn auch die volle Tragweite des möglichen Verhaltens der Sowjets nie ganz abschätzbar wäre. Chruschtow habe gegenüber Bundeskanzler Gorbach und ihm selbst zu verstehen gegeben, dass die Sowjetunion Oesterreich nicht mehr als neutralen Staat betrachten würde, sollte Oesterreich eine grosse Lösung anstreben. Manche in Oesterreich seien bereit gewesen, dies zu

riskieren; einige haben sogar auch die Neutralität als belastendes Hindernis auf dem "Weg nach Europa" angesehen.

Neben der Neutralität gebe es die Problematik des Staatsvertrages. Oesterreich müsse den Staatsvertrag durch seine politische Praxis sozusagen obsolet machen, d.h. er dürfe nicht aktualisiert werden. Die Sowjets beriefen sich auf den Staatsvertrag mit dem Hinweis, dass eine Vereinigung Oesterreichs mit der EWG auch eine durch den Staatsvertrag untersagte Vereinigung mit Deutschland darstellen würde. Die Folge einer solchen Ansicht könnte die Einleitung eines äusserst unerwünschten Verfahrens nach Artikel 35 des Staatsvertrages bedeuten.

Als in Oesterreich der Ernst der sowjetischen Haltung erkannt worden sei, habe man sich in semantische Manöver geflüchtet und anstelle von Assoziierung von einem Arrangement zu sprechen begonnen.

In den Koalitionsverhandlungen von 1966 habe die ÖVP schliesslich die Annahme einer Arbeitshypothese verlangt, dergemäss Oesterreich einen EFTA-Austritt ins Auge zu fassen bereit wäre; diese Frage sei zu einem wesentlichen Streitpunkt der Koalitionsverhandlungen geworden, die letztlich gescheitert seien. Die neue österreichische Regierung habe dann in Brüssel ihre bekannte Antwort zur EFTA-Frage gegeben, wodurch allerdings nichts in Bewegung gekommen sei, man jedoch das Misstrauen der EFTA-Partner geweckt habe.

Ein solches Misstrauen der EFTA-Partner sei heute vollkommen unberechtigt. Die österreichische Regierung würde auf die EFTA-Frage heute ebenso antworten wie die anderen Nichtbeitrittskandidaten der EFTA. Auch habe sich die EFTA für Oesterreichs Aussenhandel durch eine Verbesserung seiner regionalen und warenmässigen Zusammensetzung in überraschender Weise bewährt.

Gegenüber der EWG habe er immer eine Dreiphasenentwicklung im Auge gehabt:

- 1) Ein wirtschaftliches Abkommen mit gewissen Präferenzen für gewisse wichtige Waren
- 2) Eine Lösung, wie sie auch für die anderen Länder, die sich in ähnlicher Lage wie Oesterreich befinden - also die Schweiz - gefunden würde



- 3) Eine Art Traumphase, über deren Chancen jedoch erst die Zukunft Klarheit bringen könne.

Die von Oesterreich derzeit angestrebte Interimslösung entspreche der vorerwähnten ersten Phase. Hinsichtlich eines Erfolges der diesbezüglichen Bemühungen sei er aber nicht sehr optimistisch, da Frankreich und wahrscheinlich auch Holland offenbar nicht dafür seien, obwohl seinerzeit Pompidou selbst eine solche Lösung als Ausweg für Oesterreich betrachtet habe. Diese Ansicht scheine sich aber geändert zu haben. Ihm wäre am liebsten, wenn die Franzosen dies auch offen sagen würden.

Frankreich behaupte immer, dass es sich von Moskau in seiner Haltung Oesterreich gegenüber nicht beeinflussen lasse; faktisch geschehe dies aber. Botschafter Zorin habe einige Male in Paris interveniert; die Franzosen glauben, dass die Sowjetunion hinsichtlich Oesterreichs leichter zu besänftigen wären, falls es zu einer Lösung globaleren Charakters unter Teilnahme der Schweiz käme. Auch er glaube, dass eine Lösung für Oesterreich, die jener der Schweiz entspreche, in Moskau vertretbar sei. Die Russen haben ja selbst immer auf das Vorbild Schweiz verwiesen.

Den Vorschlag Bundesrat Bruggers zur Herstellung eines Nahverhältnisses zwischen Oesterreich und der Schweiz in Integrationsfragen bzw. zu Gesprächen zwischen führenden Beamten nehme er mit grosser Befriedigung an. Die österreichische Regierung sei fest entschlossen, ein Maximum an Gemeinsamkeit mit der Schweiz gegenüber der EWG zu realisieren. Er sei überzeugt, dass die neutralitätspolitischen Erfordernisse für die beiden Länder identisch seien. Auch glaube er, dass diesmal die EWG bereit sei, eine Lösung für alle zu finden. Man müsse aber die Möglichkeit eines Misserfolges der EWG-Verhandlungen des UK im Auge behalten. Auch in diesem Fall könnte Oesterreich nicht ganz auf ein Nahverhältnis zur EWG verzichten.

Was Schweden betreffe, sei dessen Position anders. In Moskau habe man Ministerpräsident Palme die Risiken der EWG-Politik nahegebracht, was die Schweden an sich nicht sehr beeindruckt werde - empfänglich sei jedoch jede schwedische Regierung immer von Hinweisen auf mögliche Konsequenzen für Finnland.



- 6 -

Bundesminister Kirchschräger bemerkt im Anschluss an seine Ausführungen in Genf, dass das Interimsabkommen nicht im Sinne des Alleinganges der Sechzigerjahre interpretiert werden dürfe, sondern dass es sich um Vorausverhandlungen handle, die in die grossen Verhandlungen münden würden. Er habe dies auch anlässlich des Staatsbesuches von Bundespräsident Jonas in Brüssel erklärt, wo man relativ viel Verständnis für diese Interpretation gezeigt habe.

Zur Sorge der Schweiz über mögliche präjudizielle Wirkungen im Zusammenhang mit den Interimsverhandlungen habe er bereits in Genf gesagt, dass Oesterreich mit der Schweiz Kontakt nehmen werde, sollte in diesen Verhandlungen die Frage der Harmonisierung auftreten. Auch er habe kein Interesse daran, für 15- bis 30%ige Zollsenkungen die gemeinsame Position für die Erweiterungsverhandlungen zu präjudizieren.

Doch sei es ja noch gar nicht zu Verhandlungen über ein Interimsabkommen gekommen. Vergangene Woche habe Schumann überraschend vorgeschlagen, ohne Beachtung des GATT-Aspektes einfach eine 30%ige Zollermässigung zu vereinbaren (die übrigens im Verhältnis von 1 : 2,5 zu Oesterreichs Nachteil wäre). Dies wäre sozusagen als Honorierung für das neunjährige treue Bemühen Oesterreichs um eine EWG-Regelung zu betrachten. Der Nichtberücksichtigung des GATT durch die Franzosen sei von den anderen EWG-Ländern widersprochen worden. Ueber deutschen Vorschlag trachte man nun in Brüssel, die Harmonisierungsfrage dadurch zu umgehen, dass man eine Auflösungsautomatik für den Fall ins Auge fasse, dass Verhandlungen über Massnahmen, welche nach der 30%igen Zollsenkung zu ergreifen wären, zu keinem Erfolg führten. Festzusetzen wäre aber jedenfalls eine Frist bzw. die einzelnen Abbaustufen für die Herstellung des Warenfreiverkehrs.

Sollte es zu einer Interimslösung kommen, würde es sich jedenfalls nur um die teilweise Vorwegnahme der allgemeinen Lösung handeln, die wir gemeinsam mit der Schweiz im Sinne des Punktes 14 des Haager Kommuniqués anstreben.

Auf die Frage Bundesrat Bruggers, ob Oesterreich meine, dass man gegenüber der EWG nun ausdrücklich den Wunsch auf Eintreten in

./.



exploratorische Gespräche bzw. Erweiterungsverhandlungen mitteilen solle, meint Minister Kirchschräger, dass dies nicht nötig sei; dieser Wunsch ergebe sich aus unseren Erklärungen von 1961. Eventuell werde es aber notwendig sein, durch unsere Botschafter in den Hauptstädten der EWG-Länder auf diese Ansicht hinweisen zu lassen. Er zögere eher, jetzt Noten an die EWG - wobei man noch gar nicht wisse, ob an die Kommission oder an den Minister-rat - zu richten.

Der neue Verhandlungsstandpunkt sollte dann Sache der Präsentation im Herbst sein. Hiebei könne man sich auf die Arbeiten von Semmering bzw. von Rätvik stützen, die jedoch einer Ueberprüfung bedürften, da in der Zwischenzeit zehn Jahre vergangen seien. Man werde vielleicht gewisse neue Formulierungen finden müssen.

Zur Neutralitätspolitik sollten Oesterreich und die Schweiz möglichst idente Formulierungen finden, auch wenn es in wirtschaftlichen Fragen gewisse verschiedene Standpunkte geben könnte.

Eine Schwierigkeit könne sich in den Verhandlungen daraus ergeben, dass, sollte uns keine Mitsprache in der Entscheidungsbildung der EWG eingeräumt werden, uns dann auch Grenzen in der Harmonisierung gesetzt seien. Die institutionelle Frage werde auf dem Agrarsektor besonders schwierig sein; hier stelle sich im Zusammenhang mit dem Abschöpfungssystem das Problem der Transformation der Gemeinschaftsentscheidungen in innerstaatliches Recht; dafür habe man in Oesterreich noch keine Lösungen gefunden, die sowohl mit den Neutralitätserfordernissen, als auch dem Funktionieren des Gemeinsamen Agrarmarktes in Einklang stünden.

Bezüglich der Frage der "treaty making power" sollte es nicht um ein starres Festhalten am seinerzeitigen Begriff gehen, sondern vielmehr um die Erhaltung des handelspolitischen Profils, wie es auch Bundesrat Brugger ausgedrückt habe. Man brauche heute im Hinblick auf das GATT weniger "treaty making power" als Profil.

Er habe an der Institutionalisierung der Kontakte hoher Beamter aus Oesterreich und der Schweiz grosses Interesse. Wenn wir in diesem Rahmen auch die neutralitätspolitischen Aspekte neu erarbeiten wollten, müsste dies bei der Zusammensetzung der Gremien berücksichtigt werden; es würden also nicht nur Treffen der



Leiter der jeweiligen handelspolitischen Abteilungen genügen.

Bundesrat Brugger: Er teile diese Auffassung. Die Delegationen müssten je nach Tagesordnung zusammengesetzt werden. Er möchte festhalten, dass die Uebereinstimmung zwischen dem österreichischen und dem schweizerischen Standpunkt genügend sei, um die vorgesehenen Kontakte schon heute als zweckmässig anzusehen.

Er möchte nocheinmal die Frage der Anmeldung in Brüssel stellen, die man auch in Stockholm diskutiert habe. Auch die Schweden hätten sich zögernd geäußert. Man sollte diese Frage auf diplomatischem Wege noch abklären. Mit den Schweden sei vereinbart worden, in dieser Angelegenheit gemeinsam vorzugehen. Allenfalls wäre ein kurzes Schreiben, ohne Angabe der Zielvorstellungen, an die EWG zu richten, das im wesentlichen eine Wiederholung der Erklärungen von 1961 darstellen würde.

Bundeskanzler Kreisky: Man sollte in der Frage des Vorgehens weiter Kontakt halten. Die Kontinuität sollte durch den Hinweis auf die Erklärungen von 1961 hergestellt werden.

Bundesrat Brugger möchte nochmals auf das schweizerische Missbehagen über die österreichischen Bestrebungen bezüglich eines Interimsabkommens verweisen und das Wort hiezu an Botschafter Jolles geben.

Botschafter Jolles: Die von Seiten der Schweiz bereits seinerzeit in Wien vorgebrachten Bedenken über ein Interimsabkommen hätten ihre Gültigkeit behalten; es handle sich dabei um folgendes:

- 1) Durch eine Interimslösung mit begrenzten Präferenzen könnte man trotz aller Versicherungen, dass es sich nur um einen ersten Schritt handle, im Lichte der starken aussereuropäischen Empfindlichkeiten - besonders der USA - hinsichtlich jeder Art von Teilpräferenzen, die dort latent vorhandene Opposition provozieren. So könnten auch die künftigen Verhandlungen über die grosse Lösung belastet werden, welche ohnehin nicht vom Wohlwollen der USA begleitet sein würden.
- 2) Es schein ausserordentlich schwierig, begrenzte Präferenzen ohne Diskussion der nächsten Schritte eingeräumt zu bekommen. Damit wäre man aber bereits mitten in der Harmonisierungsfrage, die auch das Hauptproblem in den Verhandlungen über die grosse Lösung darstellen werde. In diesen Verhandlungen werde man sich gegen übermässige Harmonisierungsansprüche zur Wehr setzen müssen, wobei die in der EFTA gewonnenen Erfahrungen den Neutralen gute Argumente liefern sollten.



Wenn man nun im Zusammenhang mit dem Interimsabkommen bzw. im Interimsabkommen gewisse Präzisierungen hinsichtlich der Harmonisierung vornehme, und zwar Präzisierungen auf Grund der Direktiven des EWG-Rates, könnte sich diese Tatsache später als sehr belastend erweisen.

- 3) Die Schweiz habe sich in den Hauptstädten der EWG-Länder intensiv für ein flexibel gehaltenes Mandat für die exploratorischen Gespräche mit den Nichtbeitrittskandidaten eingesetzt. Diese Demarchen hätten einen gewissen Erfolg gehabt. Dies zeige sich im Beschluss des EWG-Rates vom 8. Juni hinsichtlich der Frage des Mitspracherechtes. Man sollte daher alles unterlassen, was zu Präjudizierungen in diesem Zusammenhang führen könnte.

Uebrigens habe Belgien am 8. Juni einen Vorbehalt eingelegt, wonach der EWG-Ministerrat nach der Eröffnungssitzung mit den Beitrittswerbern, aber noch vor der eigentlichen Verhandlungsaufnahme, auf diese Frage zurückkommen sollte. Dieser Vorbehalt könne nur heissen, dass sich Belgien die Möglichkeit für Präzisierungen in Richtung einer doktrinären Haltung offenhalten wolle.

Aus allen diesen Gründen betrachte man die österreichische Absicht auf Fortsetzung der Gespräche über ein Interimsabkommen mit Besorgnis.

Hinsichtlich der Position Schwedens habe er denselben Eindruck gewonnen wie Bundeskanzler Kreisky. Palme sei aus Moskau uneindrückt zurückgekommen. Interessant sei, dass sich die Sowjets offensichtlich mehr an der schwedischen Integrationspolitik interessiert gezeigt hätten als an jener Finnlands. Offenbar habe man in Finnland grösseres Vertrauen. Die Schweden hätten die Tendenz, die Frage der finalité politique zu verharmlosen, da sie an sich lieber einen EWG-Beitritt wollten, um in keine inferiore Stellung gegenüber Dänemark und Norwegen zu geraten. Auf die direkte Frage aber, wie sie sich verhalten würden, wenn ein Beitritt mit Neutralitätsvorbehalten nicht möglich wäre, d.h. ob sie dann trotzdem beitreten würden, antworteten sie nein.

Verhandlungstaktisch möchten die Schweden das neutralitätspolitische Problem auf spätere Verhandlungsphasen verschieben, offenbar in der Hoffnung, dass es bis dahin zu Auflockerungsercheinungen in der EWG-Integration komme. Sie haben daher kein Interesse an einer Unterscheidung zwischen exploratorischen Gesprächen und eigentlichen Verhandlungen, sondern möchten wie die Beitrittswerber eine Reihe von Ministertreffen, auf denen Verhandlungen geführt würden. Auch in der Form wollten sie keine "Decalage" gegenüber den Beitrittskandidaten.

Die Möglichkeiten eines Scheiterns der Verhandlungen des UK mit der EWG werde auch von der Schweiz nicht ausgeschlossen. Auch für die Schweiz gebe es kein Junktim zwischen den eigenen Bemühungen und dem Schicksal der UK-Verhandlungen; die EFTA-Zollfreiheit müsse aber auf jeden Fall aufrechterhalten bleiben; man würde dann eben nach einer entsprechenden Lösung suchen müssen.

An dem Problem der "treaty making power" arbeite die Schweiz bereits; man sei gerne bereit, über das Ergebnis dieser Arbeiten zu sprechen; trotz des GATT stecke in dem Begriff der "treaty making power" noch genügend Substanz, um sie nicht abzuschreiben.

Bundeskanzler Kreisky: Für Oesterreich habe die Frage der "treaty making power" im Hinblick auf die beträchtlichen künftigen Erdgaslieferungen aus der Sowjetunion noch eine besondere Bedeutung. Für diese Lieferungen müsse Oesterreich Kompensationen bieten können; um Kredite, wie bei der BRD, könne es sich im Fall Oesterreichs nicht handeln. Daher komme eben der "treaty making power" besondere Bedeutung zu.

Bundesminister Kirchschräger führt zu den Bedenken Botschafter Jolles gegenüber einem Interimsabkommen aus, dass man von "Teilpräferenzen" nur dann sprechen könnte, wenn nur eine 30%ige Zollsenkung vereinbart würde. Wenn aber das Endziel des Freiverkehrs samt Zeitplan zu seiner Verwirklichung festgesetzt würde, mache er sich keine grossen Sorgen wegen eines "Sturmes" im GATT.

Die Gefahr einer Präjudizierung des Mandates für die Verhandlungen über die grosse Lösung sehe er nicht. Der Ministerrat der EWG verhalte sich heute flexibler und kompromissbereiter - dies zeige auch die Erwähnung einer FHZ als mögliche Lösung für die Nichtbeitrittskandidaten.

Der belgische Vorbehalt vom 8. Juni sei nicht auf die Erstellung eines detaillierteren Mandates gerichtet, sondern Belgien wolle - wie ihm Minister Fayat versichert habe - erst einmal die Standpunkte der Beitrittswerber kennen, bevor man hinsichtlich der anderen EFTA-Länder definitive Beschlüsse fasse. Sollten nämlich die Beitrittskandidaten Standpunkte vertreten, die a priori Verhandlungen aussichtslos machten, dann würde man auch mit den



anderen nicht verhandeln; in diesem Zusammenhang seien die Nichtbeitrittskandidaten an die Beitrittswerber gebunden.

An den Ergebnissen der schweizerischen Arbeiten über die "treaty making power" sei er interessiert. Mit seinen Ausführungen zur "treaty making power" wollte er deren Bedeutung nicht mindern, sondern nur darauf verweisen, dass nach zehn Jahren Änderungen in dem Begriff möglich wären.

Botschafter Jolles: Die Interpretation Fayat's für den belgischen Vorbehalt sei sehr willkommen. Das Argument von Minister Kirchschräger hinsichtlich einer blossen Festsetzung von Endziel und Zeitplan in einem Interimsabkommen sei gültig, nur glaube er nicht, dass dies ohne Festlegung weiterer Modalitäten zugestanden werden würde.

Minister Kirchschräger: Gerade dahin gehe jedoch der deutsche Kompromissvorschlag; statt einer Vereinbarung über Modalitäten wolle man eben die Auflösungsautomatik in das Abkommen aufnehmen, was für Oesterreich an sich hart wäre und worauf wir uns auch noch gar nicht festgelegt hätten.

Botschafter Weitnauer bestätigt die gereizte Stimmung in den USA, die auch mit der Frage der künftigen handelspolitischen Stellung der Commonwealth-Länder, der afrikanischen und der Mittelmeerlande im Zusammenhang stehe. Letztlich könnten nur wenige ausserhalb des Präferenzsystems bleiben, und zwar die USA, Canada, Japan und der lateinamerikanische Anhang. Eine grosse Rolle für die Haltung der USA werde die weitere Entwicklung der Gespräche zwischen den USA und der EWG spielen.

Bundesrat Brugger hält resumierend fest, dass die gemeinsamen Berührungspunkte für die Aufnahme der österreichisch-schweizerischen Kontaktgespräche vorhanden seien und stellt die Frage, ob man eine Art Mandat dieser Gespräche vereinbaren solle. Er liest einen diesbezüglichen Vorschlag vor. (Siehe Beilage 2)

Bundeskanzler Kreisky stimmt zu, dass alle von Bundesrat Brugger vorgelesenen Punkte Gegenstand der österreichisch-schweizerischen Beratungen sein sollten. Im Abschlusskommuniqué sollte man jedoch nur festhalten, dass Oesterreich und die Schweiz Kontakte auf



- 12 -

Beamtenebene aufnehmen werden, um alle aktuellen Fragen im Zusammenhang mit den künftigen EWG-Verhandlungen zu besprechen, ohne auf weitere Einzelheiten einzugehen.

Bundesrat Brugger ist hiemit einverstanden. Das sogenannte Mandat stelle nur einen Rahmenauftrag an die Beamten dar.

Bundesminister Kirchschräger: Das Mandat bzw. die vorgesehenen Besprechungspunkte sollten jederzeit ergänzbar sein.

OFFENE FRAGEN  
DER WIRTSCHAFTS-  
POLITIK  
OECD  
Arbeitsgruppe 3

Bundeskanzler Kreisky schlägt vor, gewisse Fragen der Wirtschafts- politik zu besprechen.

Bundesminister Kirchschräger: Oesterreich habe - vor allem im Hinblick auf Zahlungsbilanzfragen - grosses Interesse an einer Teilnahme an den Sitzungen der Arbeitsgruppe 3 des wirtschafts- politischen Komitees der OECD, der die Mitglieder des sogenannten Zehnerklubs angehören; Oesterreichs Bitte gehe dahin, der schweizerischen Delegation jeweils auch einen österreichischen Fachmann, der von der Nationalbank käme, beizugeben. Die sich Oesterreich bietende Alternative wäre, entweder in der Delegation der BRD oder jener Italiens unterzukommen. Er würde aber die Zusammenarbeit mit der Schweiz vorziehen.

Bundesrat Brugger: Er habe von diesem Wunsch gehört, wisse aber, dass innerhalb der schweizerischen Delegation selbst gewisse Bedenken bestehen. Man werde die Frage mit dem Delegationschef, Herrn Stopper, besprechen.

Bundesminister Kirchschräger: Wenn auch Oesterreich von der Schweizer Delegation die Schriftberichte über die Arbeitsgruppensitzungen erhalte, so lege man doch auf eigene Präsenz Wert. Da der Mitgliederstand fixiert sei, bleibe die Aufnahme eines österreichischen Vertreters in eine andere Delegation die einzige Möglichkeit; selbstverständlich wären die Delegationssprecher nach wie vor nur die Vertreter des Mitgliedslandes. Oesterreich wäre enttäuscht, nicht in der Schweizer Delegation unterzukommen.

Schweizer In-  
vestitionen in  
Oesterreich

Bundeskanzler Kreisky: Oesterreich habe aus vielen Gründen ein grosses Interesse an einer stärkeren Einschaltung der schweizerischen Industrie in die österreichische Wirtschaft. Die aus-

./.



ländischen Investitionen in Oesterreich seien im Steigen, wobei besonders für Deutschland die wirtschaftliche Aktivität in Oesterreich eine Tradition darstelle. Oesterreich wäre jedoch an einer grösseren Streuung interessiert.

Diese Aktivitäten müssten sich natürlich auf privater Basis abspielen, die österreichische Regierung sei aber bereit, die industrielle Kooperation mit der Schweiz bzw. die Etablierung schweizerischer Unternehmungen in Oesterreich mit Hilfe jener Institutionen zu fördern, über die sie verfüge. Auch die österreichische verstaatlichte Industrie sei für die Kooperation offen. Die Unternehmungen arbeiteten als Aktiengesellschaften in eigener Verantwortung. Sie seien heute in einer Holdinggesellschaft zusammengefasst, die gleichfalls eine AG sei und dem Aktienrecht unterstehe. Die Rolle des Staates sei auf jene des Eigentümers einer AG reduziert.

Die österreichische Regierung wolle den Industrialisierungsprozess forcieren. Die vorgesehenen Förderungsmassnahmen seien für das "free enterprise" durchaus akzeptabel. Es handle sich um Bereitstellung aufgeschlossener Gründe zu geringen Kosten, um Steuervorteile, die ausländischen ebenso wie österreichischen Firmen offenstehen. Voraussetzung sei die Bonität der Firmen. Oesterreich sei vor allem an der Etablierung von Mittelbetrieben mit 200 bis 600 Beschäftigten interessiert. Für solche Betriebe verfüge Oesterreich - das an sich Vollbeschäftigung habe - noch über versteckte Arbeitskraftreserven in der Form der sogenannten Pendler und auch in der Landwirtschaft.

In Kenntnis der Grenzen, die der Einflussnahme einer Regierung hier gezogen seien, würde er es sehr willkommen heissen, wenn die schweizerische Regierung der Idee einer engen industriellen Zusammenarbeit zwischen Oesterreich und der Schweiz wohlwollend gegenüberstünde. Auch sollte die Tatsache, dass Oesterreich und die Schweiz ein gemeinsames Zollgebiet seien, fördernd wirken.

Bundesrat Brugger: Für die Schweiz seien jene Nachbarländer, die noch über Arbeitskraftreserven verfügten, insbesondere im Hinblick auf die Beschlüsse des Bundesrates über die Begrenzung der Zahl der ausländischen Arbeitskräfte, attraktiv; auch habe er

- 14 -

Verständnis für das österreichische Interesse an einer Streuung der ausländischen Investitionen.

Bundeskanzler Kreisky: Kürzlich sei ein Investorenkomitee der österreichischen Bundesregierung gegründet worden. Man wisse, dass es wichtig sei, für die erwünschte Entwicklung "incentives" zu geben. Oesterreich sei daher bereit, gewisse Kapitalgarantien zu übernehmen. Uebrigens habe Oesterreich eine besonders stabile sozialpolitische Situation, die Streikrate sei - wahrscheinlich wie die der Schweiz - die niedrigste Europas.

Bundesrat Brugger: Die Oesterreichische Botschaft in Bern könnte die Fragen, wie man in der Schweiz das Interesse für solche Aktivitäten stimulieren könnte, mit der Handelsabteilung besprechen.

Bundeskanzler Kreisky: Ausländische Investitionen seien vor allem in den österreichischen Bergbaugebieten erwünscht; die Bergwerke müssten früher oder später aus Rentabilitätsgründen bzw. wegen der Erschöpfung der Vorkommen geschlossen werden. Für die jüngeren Arbeiter sollen neue Arbeitsplätze - möglichst in Betrieben zur Erzeugung von Kapitalgütern (Männerbetrieben) - gefunden werden. Für die Förderung dieser Gebiete stehen 100 Millionen ERP Mittel und weitere 100 Millionen S aus anderen Fonds zur Verfügung.

Bundesrat Brugger: Allenfalls könnte eine schweizerische Industriellendelegation nach Oesterreich zur Prüfung dieser Fragen kommen. Er möchte noch bemerken, dass die handelspolitischen Unsicherheiten der vergangenen Jahre sich gewiss negativ auf die schweizerische Investitionstätigkeit in Oesterreich auswirkten. Heute sei der Zeitpunkt hierfür aber günstig.

Bundeskanzler Kreisky: Die Zusammenarbeit auf diesem Gebiete sei noch wenig konkret. Das diesbezügliche bilaterale Rahmenabkommen habe noch kaum Greifbares gebracht. Oesterreich sei zu einer verstärkten Zusammenarbeit bereit.

Bundesrat Brugger: Eine verstärkte Zusammenarbeit wäre sehr nützlich.

Bundesrat Graber bejaht dies ebenfalls.

./.

Entwicklungshilfe



- 15 -

Zusammenarbeit  
in anderen  
Wirtschafts-  
organisationen

Bundesrat Brugger bringt den Wunsch zum Ausdruck, dass die beiden Länder auch in anderen wirtschaftlichen Organisationen wie GATT und ECE enger zusammenarbeiten sollten.

Bundeskanzler Kreisky: Oesterreich wäre hiezu sehr gerne bereit. Als Beispiel könnte die Kooperation der skandinavischen Staaten z.B. im Europarat und den UN dienen.

In dem Masse, als die EWG die ursprünglichen Erwartungen nicht erfülle, könnten sich in Europa vielleicht neue Möglichkeiten zu regionaler Zusammenarbeit ergeben. Vorstellbar sei eine Zusammenarbeit zwischen der Schweiz, Oesterreich, Italien und eventuell auch der BRD. Dies gelte vor allem für die Verkehrspolitik. Auch mit Osteuropa könnten künftig gewisse Uebereinstimmungen möglich und nötig werden.

Bundesrat Brugger: Die Zusammenarbeit zwischen der Schweiz und Italien sei eng, nicht zuletzt wegen der vielen italienischen Arbeitskräfte in der Schweiz. Daraus ergeben sich aber auch Probleme: so stelle Italien unter innenpolitischem Druck Forderungen, die unerfüllbar seien, wenn man nicht eine dritte Schwarzenbach-Initiative provozieren wolle. Daher seien die italienisch-schweizerischen Beziehungen derzeit "beladen" und müssten zuerst "entladen" werden, bevor echte weitere Fortschritte möglich wären.

Bundesrat Brugger erklärt zum Abschluss des ersten Sitzungstages, dass das Gespräch mit seinen österreichischen Partnern "sehr gut" gewesen sei. Die Frage der Europäischen Integration könne geradezu zum Kristallisationspunkt für eine erweiterte Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern werden. An dem Willen der Schweiz hiezu fehle es nicht.

II. Arbeitssitzung am Samstag, 4. Juli 1970, 10.00 - 12.00 Uhr

Bundesrat Graber schlägt folgende Besprechungsthemen vor: Projekt einer Europäischen Sicherheitskonferenz, Beziehungen zu den geteilten Ländern, sowie Entwicklung des humanitären Rechtes und weitere Fragen bilateraler Zusammenarbeit.

./.



rheits-  
renz

Bundeskanzler Kreisky stellt einleitend fest, dass man im Zusammenhang mit dem Projekt einer Europäischen Sicherheitskonferenz nicht übersehen sollte, wie sehr die Sowjetunion noch immer an den konventionellen Methoden der internationalen Diplomatie, wie an der Abhaltung von Konferenzen und dem Abschluss von Verträgen, hänge.

Man sollte die Abhaltung einer solchen Konferenz nicht mit zu vielen Bedingungen verbinden. Die Konferenz werde wohl auch dann stattfinden, wenn nicht alle Bedingungen erfüllt seien. Dies müsse dann zu Prestigeverlusten führen.

Das Risiko der Abhaltung einer Konferenz sei gering. Die Konferenz werde wohl auch eine Neuauflage der sowjetischen Friedenspolitik bzw. -propaganda bringen, doch habe die SU darüberhinaus ein echtes Interesse an ihrem Zustandekommen. Daher werde ihr auch der Verlauf nicht gleichgültig sein. Sie werde keine schnellen Lösungen bringen, diese aber aktualisieren. Die Konferenz werde daher Fortsetzungen haben.

Das Problem des Teilnehmerkreises sei heute offenbar geregelt. Es bestehe kein Zweifel mehr an einer Teilnahme der USA und Canadas. Oesterreich halte eine Konferenz für nützlich und stehe dem Projekt daher positiv gegenüber. Für die europäischen Staaten gelte es heute, ihre Angelegenheiten in verstärktem Masse selbst zu besorgen.

In der Nachkriegszeit haben die USA für Oesterreich eine entscheidende wirtschaftliche und politische Rolle gespielt. Seit Abschluss des Staatsvertrages habe sich das aber geändert. Das völlige "Disengagement" der USA in der Ungarn- und CSSR-Krise habe das Gefühl stark reduziert, dass die USA in der aktuellen mitteleuropäischen Politik präsent seien. Letztlich hätten auch die USA das Bedürfnis nach Wahrung des status quo.

Die Beziehungen Oesterreichs zur Sowjetunion seien heute sehr gut und auch von der früheren Bundesregierung positiv weiterentwickelt worden. Man habe in der SU dem politischen Wechsel in Oesterreich vielleicht mit gewisser Sorge entgegengeblickt, was auch in seinen Gesprächen mit Vizeausserminister Semjonow zum

./.



- 17 -

Ausdruck gekommen sei. Die SPÖ gelte als betont antikommunistisch und man fürchtete wohl in Moskau, dass sich dies auf die Aussenpolitik auswirken könnte. Die SPÖ habe jedoch das grundsätzliche Ziel, gute, wenn möglich vertrauensvolle Beziehungen zur SU zu haben.

Die erste Frage Semjonows, die er im Auftrage des Politbüros stellte, war auf die Haltung der neuen österreichischen Regierung zum Projekt einer Sicherheitskonferenz gerichtet. Moskau sehe in der diesbezüglichen positiven Einstellung der österreichischen Regierung auch ein freundliches Zeichen gegenüber Moskau.

Neben den objektiven Gründen, die in den Augen Oesterreichs für eine Sicherheitskonferenz sprechen, werde sich die österreichische Regierung daher auch im Hinblick auf das oberwähnte Interesse der SU für das Zustandekommen der Konferenz einsetzen. Dies sei Teil der österreichischen Politik gegenüber der SU.

Bundesminister Kirchschräger: Wer längere Zeit in einem kommunistischen Staat gelebt habe, wisse, wie rasch ein einmal zwischen kommunistischen Staaten erarbeitetes gemeinsames Programm zum Dogma werde; ein Beispiel sei der Budapester Appell. Alles, was gegen das Dogma verstosse, werde sofort als feindselige Haltung interpretiert - im Zusammenhang mit der Europäischen Sicherheitskonferenz also als gegen die Sicherheit an sich gerichtet. Daraus entstünden Spannungen, die sich auch im Inneren der kommunistischen Staaten auswirken; z.B. haben die Spannungen zwischen der SU und China zum Anziehen der inneren Zügel geführt. Dies würde noch mehr beim Nichtzustandekommen einer Sicherheitskonferenz der Fall sein. Eine Politik, die zu Erleichterungen für die in den kommunistischen Staaten lebenden Menschen führen soll, müsse alles aufgreifen, was zur dortigen inneren Entspannung beitrage. Dies sei mit ein Grund für Oesterreichs Eintreten für eine Sicherheitskonferenz.

Der Punkt 1 der in Prag vorgeschlagenen Tagesordnung - nämlich der Gewaltverzicht - sei heute allgemein akzeptiert. Um eine gefährliche Differenzierung zwischen den Prinzipien der UN-Charta zu vermeiden - was durch die blosse Herausnahme des Grundsatzes des Gewaltverzichts geschehen würde - müsste man die Frage des Gewaltverzichts mit konkreten Massnahmen verbinden. Oesterreich

./.

- 18 -

schlage daher die Aufnahme der Frage einer ausgeglichenen und gegenseitigen Verminderung des Militärpotentials in Europa in die Tagesordnung einer Sicherheitskonferenz vor.

Die Behandlung dieser Frage werde wohl einer Serie von Konferenzen bedürfen. Eine solche Fortsetzung hätte aber auch psychologische Bedeutung. Hätte die Sicherheitskonferenz nämlich keinen guten Ausgang, dann könnten neue Spannungen bis an die Grenze des Kalten Krieges entstehen. Durch eine Serie von Konferenzen könnte man einen solchen Effekt jedoch mittels Vertagungen bzw. Arbeitsgruppen prozedural umgehen.

Anlässlich des kürzlichen Besuches des Herrn Bundespräsidenten in Sofia habe die Idee Oesterreichs, die Frage der Verminderung des Militärpotentials auf einer Konferenz zu diskutieren, bei Aussenminister Bascheff eine sehr reservierte Aufnahme gefunden. Bei dem anschliessenden Besuch in Budapest habe sich ein offeneres Bild geboten. Aussenminister Peter habe gemeint, dass - sollten alle westlichen Staaten in diesem Punkt einig sein - die Frage auch von den Warschaupakt-Staaten nochmals geprüft werden müsste. Die folgende Aussenministerkonferenz der Warschaupaktstaaten in Budapest habe die Idee einer Truppenreduktion dann tatsächlich aufgegriffen, wenn auch in einer Weise, die Oesterreich nicht genüge, da nur von einer Reduktion der im Ausland stationierten Truppen gesprochen werde. (Dies würde übrigens zu einem Nachschubverhältnis von 1 : 7 zu Ungunsten des Westens führen.) Auch finde Oesterreich den Gedanken der blossen Schaffung eines Organs zur Behandlung der Frage als nicht ausreichend.

Hinsichtlich der Tagesordnung glaube Oesterreich weiters nicht, dass auf einer Konferenz die gesamte Arbeit der UN auf dem Gebiet der Prinzipien Diskussion sozusagen für den europäischen Bereich wiederholt werden sollte.

Die Gespräche der BRD mit der SU, Polen und der DDR seien nach österreichischer Ansicht keine absolute Voraussetzung für das Zustandekommen einer Sicherheitskonferenz; sie sollten mit der multilateralen Ebene sozusagen verwoben werden.

Hinsichtlich der Konferenzvorbereitung sei Oesterreich der Idee eines sogenannten "Botschafter-Salons" in Helsinki nicht abge-

./.



neigt, würde aber Besprechungen von Experten, d.h. der dauernd mit der Frage befassten hohen Beamten, den Vorrang geben. Sollte man allgemein der Meinung sein, dass eine solche Vorkonferenz in Wien stattfinden sollte, so würde Oesterreich eine Einladung aussprechen; dies sei aber kein besonderes Anliegen. Hinsichtlich der Abhaltung der Sicherheitskonferenz selbst trete auch Oesterreich für Helsinki ein.

Die österreichische Regierung werde ihre Vorstellungen im Zusammenhang mit einer Sicherheitskonferenz in einem Memorandum festhalten und dieses Memorandum in Kürze allen interessierten Staaten - inklusive der DDR - zur Kenntnis bringen.

Hinsichtlich möglicher weiterer Fragen für die Tagesordnung einer Sicherheitskonferenz würde er gerne die Ansichten der Schweizer Regierung hören.

Er möchte noch darauf hinweisen, dass er die Aufnahme eines Punktes "Anerkennung der immerwährenden Neutralität" auf die Tagesordnung nicht wünschen würde. Eine Neutralitätsdiskussion wäre besser zu vermeiden; sie könnte nur zu Feststellungen führen, die unsere künftige Neutralitätspolitik erschweren könnten.

Bundesrat Graber: Die Schweiz sei von allem Anfang an dem Projekt einer Sicherheitskonferenz positiv gegenübergestanden, wenn auch die schweizerische Lagebeurteilung etwas pessimistischer gewesen sein möge als die Oesterreichs.

Botschafter Weitnauer: Er präsidiere die sogenannte "Gruppe Standortbestimmung", in der Schweizer Historiker, Parlamentarier und Publizisten vertreten seien, um Ueberlegungen zur künftigen politischen Entwicklung in Europa und der Welt anzustellen. Ein Querschnitt der dort erarbeiteten Meinungen lasse sich wie folgt darstellen:

Die Gruppe sehe die Lage als dramatisch an; dies vor allem im Lichte der schweren Krise der USA, deren Folgen für die Aussenpolitik noch nicht absehbar seien. Die militärische Präsenz der USA in Westeuropa stehe in Frage, die Möglichkeit eines Rückzuges bzw. einer Verdünnung der US-Kräfte in Europa müsse in Betracht gezogen werden.

Da in diesem Falle entsprechende militärische Anstrengungen der europäischen Mächte kaum zu erwarten wären, könnte für Westeuropa eine "finnische Situation" entstehen, d.h. die Lage Westeuropas würde der heutigen Lage Finnlands gegenüber der SU ähneln.



Als beste Alternative zur Schwächung der US-Präsenz in Europa biete sich eine "Einigung Westeuropas" an. Die Frage, wie sich die Schweiz dazu verhalten sollte, sei in der Gruppe ohne konkrete Antwort geblieben.

Was wäre aber die Alternative für die Schweiz, wenn sie mit ihrem zugegebener Weise maximalistischen Programm (Kündigungsklausel, minimale institutionelle Bindung, Mitsprache etc.) in Brüssel nicht durchdringen würde? Müsste die Schweiz der EWG Konzessionen machen, oder sich mit weniger, d.h. einem präferentiellen oder nicht einmal präferentiellen Handelsvertrag begnügen?

Diese Frage sei noch nicht durchdacht worden, doch habe sich keiner der Teilnehmer für weitere Konzessionen der Schweiz ausgesprochen. Einen Ausweg habe man im Stichwort "Pragmatisches Vorgehen" gefunden, wie es der Schweiz traditionell entspreche.

Positiv sei vermerkt worden, dass der Neutralitätsgedanke seit dem Beginn der Sechzigerjahre eine Aufwertung erfahren habe. Sollte eine Sicherheitskonferenz zur Schaffung eines europäischen Systems führen, würde den Neutralen darin sicher eine positive Rolle zukommen. Die Sowjets wollten nicht, dass die Neutralen sozusagen von der EWG geschluckt würden. Die Neutralität könnte aber gestärkt werden, wenn parallel zu den EWG-Gesprächen auf dem Gebiete der europäischen Sicherheit Fortschritte erzielt werden könnten.

Botschafter Micheli: Vor einigen Tagen habe Aussenminister Gromyko mit dem französischen Botschafter in Moskau eine Aussprache über die Frage einer Sicherheitskonferenz gehabt. Der französische Botschafter in Bern habe ihn darüber wie folgt informiert: Gromyko habe festgestellt, dass die Mehrheit der Länder heute für die Abhaltung einer Sicherheitskonferenz eintreten; die bilateralen Vorgespräche könnten daher langsam auf die multilaterale Ebene übergehen, und zwar zu Gesprächen auf Diplomatenebene in einer neutralen Hauptstadt; er habe dabei Helsinki erwähnt.

Die Warschaupakt-Länder haben aus dem Römer NATO-Kommuniqué zwei Punkte herausgegriffen:

- a) Die Schaffung eines permanenten Organismus zum Studium der Probleme der Sicherheit. Die Gründung dieses Organismus sollte auf der Tagesordnung der Konferenz stehen, die Diskussion über die Sicherheit jedoch erst nach der Konferenz stattfinden. Das neue Organ könnte auch als Bindeglied im Falle einer Konferenzserie wirken.
- b) Die Reduktion der Truppenstärken. Auch diese Frage sollte im Schosse des neuen Organismus nach der Konferenz studiert werden. Auch mit der Schaffung eines eigenen Organismus für diese Frage wäre man einverstanden.



- 21 -

Gromyko habe unterstrichen, dass die SU den Gedanken einer Abrüstung unterstütze, und präzisiert, dass die SU zu einer Verminderung ihrer im Ausland stationierten Kräfte bereit sei. Auf die französische Frage, ob damit auch eine Verminderung der nationalen Kräfte verbunden sein würde, habe Gromyko ausweichend geantwortet, dabei aber jedenfalls nicht von "retrait" sondern von "reduction" gesprochen.

Bundesminister Kirchschräger: Laut Information des französischen Botschafters in Wien habe Gromyko bei seinem Besuch in Paris auf die Frage, ob das Problem der Verminderung des Militärpotentials auf die Tagesordnung einer Sicherheitskonferenz gesetzt werden könnte, noch völlig ablehnend geantwortet. Die Budapester Konferenz habe dann aber gezeigt, dass auch innerhalb des Warschaupaktes kleine Staaten Einfluss auf die Willensbildung nehmen könnten.

Bundeskanzler Kreisky: Die von Botschafter Weitnauer vorgetragene Analyse sei sehr interessant. Gerade der Pessimismus hinsichtlich der US-Haltung rechtfertige eine gewisse europäische Aktivität.

Die zentrale Frage sei heute die Regelung der Beziehungen zwischen der BRD und der SU. Die diesbezügliche Politik der deutschen Regierung sei vollkommen richtig. Die BRD müsse ihre inferiore Position aufgeben und ein aktiverer Faktor werden. Dem innerdeutschen Gespräch dürfe man nicht zu grosses Gewicht beimessen. Die Sowjets wollten ein Arrangement mit der BRD, ohne natürlich die DDR preisgeben zu können. Die Gespräche mit der DDR dürften daher kein Präjudiz für die Gespräche der BRD mit der SU besitzen. Er habe die sogenannten "Enthüllungen" gelesen, darin aber nichts gefunden, worüber man sich entrüsten könnte. Die DDR existiere nun einmal, die Hallstein-Doktrin sei obsolet. Die beste Methode der Anerkennung der DDR werde wohl im Wege eines deutsch-sowjetischen Vertrages mit konkludenten Handlungen hinsichtlich der Anerkennung der DDR liegen. Eine Aufnahme der DDR und der Bundesrepublik in die UN würde ebenso eine konkludente Handlung darstellen.

Beziehungen zu  
den geteilten  
Ländern

Bundeskanzler Kreisky: Er sei Anhänger der Aufnahme geteilter Länder in die UN. Denn gerade sei stellen die Reibungszonen dar.

./.



Die UN müssten universell sein, die UN-Mitgliedschaft dürfe keine Bestätigung für Wohlverhalten darstellen. Oesterreich werde die DDR anerkennen, sobald die BRD zu erkennen gebe, dass sie einen solchen Schritt nicht mehr als unerfreulichen Akt ansehe.

Hinsichtlich Chinas haben die Verhandlungen mit Italien und Canada gezeigt, dass China die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Bedingungen, nämlich den UN-Ausschluss Taiwans, verbinde. Unter solchen Umständen habe Oesterreich kein Interesse an einer Aenderung der Lage. Die VR China wolle wohl heute wegen der dort zu erwartenden Konfrontation mit der UdSSR gar nicht in die UN.

Auch er sei bezüglich der US-Haltung pessimistisch, nicht aber bezüglich der Entwicklungsmöglichkeiten in Europa. (Uebrigens gestatte der Verlauf der SALT-Gespräche in Wien laut Auskunft beider Delegationsleiter einen gemässigten Optimismus.) Wenn man auch alles zur Erhaltung der US-Präsenz in Europa tun sollte, wäre doch auch die europäische Solidarität zu stärken. In der Integration habe man nicht einmal die ursprünglichen wirtschaftlichen, geschweige denn politischen Ziele erreicht. Die Teilnahme der westeuropäischen Länder an einer Sicherheitskonferenz könnte durch die dort unerlässliche Abstimmung bzw. Koordination zu einer erhöhten Solidarität Westeuropas beitragen. Die Sicherheitskonferenz könnte so ein neues Instrument europäischer Politik werden, eine Chance, der man sich nicht begeben dürfe. Unter Umständen könnte auch eine Lösung der Nahostfrage aus der Konferenz heraus erfolgen.

Die SU habe selbst ein noch immer ungestilltes Sicherheitsbedürfnis, das auch intern bedingt sei; man denke nur an Symptome, wie sie das Sacharow-Memorandum zeigten. Die SU brauche normale Beziehungen zu Westeuropa, um ihre vielen Probleme lösen zu können.

Botschafter Thalmann: Die Schweiz habe hier ein ernstes Anliegen. Der klassische Krieg sei insbesondere im Lichte der Waffenentwicklung von einem neuen Typ abgelöst worden. Das humanitäre Recht von 1949 und das Kriegsrecht gemäss Haager Konvention seien überholt. Das IKRK sei gemäss dem ihm auf der Konferenz in Istanbul 1969 erteilten Auftrag dabei, Texte für eine Diplomatenkonferenz über die Frage der Weiterentwicklung des humanitären Rechtes aus-



zuarbeiten. Diese Texte sollen im kommenden Frühjahr einer intergouvernementalen Expertenkonferenz vorgelegt und dort bereinigt werden.

Die Schweiz beabsichtige, die Diplomatenkonferenz, die universellen Charakter haben werde, dann für 1972 einzuberufen. Hiefür bitte er um Oesterreichs Unterstützung.

Bundesminister Kirchschräger: Er teile die Auffassung über die Notwendigkeit der Weiterentwicklung des humanitären Rechtes. Oesterreich werde die Schweiz gerne unterstützen und sei auch bereit, im Rahmen der UNO für die Einberufung der Konferenz zu wirken. Er würde es begrüßen, wenn auch Oesterreich an den Expertenberatungen des IKRK teilnehmen könnte.

Botschafter Thalmann: Das IKRK werde die Expertengruppe nach einem UNO-Modell, eventuell gemäss ECOSOC-Modell, einberufen, Entscheidungen seien jedoch noch nicht gefallen. Er nehme vom österreichischen Wunsch Kenntnis und werde das IKRK hierüber informieren.

Bundesminister Kirchschräger: Die österreichische Unterstützungszusage gelte natürlich unabhängig von der Frage der Teilnahme Oesterreichs an der IKRK-Expertengruppe.

Bundesrat Graber: Auf militärischem Gebiet funktioniere gemäss seiner Informationen die Zusammenarbeit.

Weitere Möglichkeiten ergeben sich auf dem Gebiete der Entwicklungshilfe. Sollte man nicht auch hier Halbjahresgespräche auf hoher Beamtenebene institutionalisieren?

Bundeskanzler Kreisky: Man sollte in den Beziehungen zwischen Oesterreich und der Schweiz so viel Institutionalisierungen vornehmen, wie es für beide zweckmässig erscheint.

Auch gemäss seiner Information funktioniere die Zusammenarbeit in militärischen Angelegenheiten. Oesterreich befinde sich hinsichtlich der Landesverteidigung in einer schwierigen Umstrukturierungsphase. Er möchte betonen, dass man nicht daran denke, die militärische Landesverteidigung zu liquidieren, sondern sie im Gegenteil effektiver gestalten wolle.

Die AUA habe in Wahrheit keine echte Zukunft. Die Swissair liege angeblich gerade noch über jener Grösse, die eine Luftfahrtge-

./.

Bilaterale Zusammenarbeit  
Militär

Entwicklungshilfe

AUA

sellschaft heute haben müsse, um bestehen zu können. Es bestehe aber auch für sie das Risiko, unter diese Grenze zu sinken. Beide Gesellschaften sollten daher Interesse an einer engen Zusammenarbeit haben. Nützliche und konkrete Gespräche hierüber haben bereits stattgefunden. Die AUA fordere von der österreichischen Bundesregierung hohe Garantien für den Ankauf neuen Fluggerätes. Die Regierung wäre hiezu nur nach Unterbreitung konkreter Unterlagen über eine künftige Zusammenarbeit mit der Swissair bereit. Sollte es zu einer engen Zusammenarbeit, die letztlich in einem engen Zusammenschluss kulminieren sollte, kommen, dann würde die österreichische Regierung die Haftung übernehmen. Die Gespräche zwischen Swissair und AUA scheinen gut zu verlaufen. Da jedoch auch politische Assistenz nötig sein werde, möchte er namens der österreichischen Bundesregierung erklären, dass die Bundesregierung zur Uebernahme von Risiken und finanziellen Opfern für die AUA unter der Bedingung bereit wäre, dass es zu einer Zusammenarbeit mit realer Bedeutung zwischen AUA und Swissair komme.

Bundesrat Graber: Das Bundeshaus wisse um die Gespräche. Die Swissair studiere die Frage jedoch noch.

Kapitalmarkt

Bundeskanzler Kreisky: Oesterreich möchte grundsätzlich eine Erhöhung des Plafonds für österreichische Kreditaufnahmen in der Schweiz. Er habe Bundesrat Celio bereits die Uebermittlung einer Information über die diesbezüglichen österreichischen Wünsche zugesagt.

Das gegenständliche Interesse der Bundesregierung stehe nur im Zusammenhang mit dem Budgetproblem. Die Regierung sei zu drastischen Massnahmen zur Drosselung des Budgetdefizites bereit, müsse aber das verbleibende Defizit finanzieren. Dies sei vor allem im Hinblick auf die hohen Zinsen am Eurodollarmarkt schwierig.

Eine Sanierung des Budgets könne für 1973 ins Auge gefasst werden. In den nächsten zwei Jahren habe die Bundesregierung noch grosse Rückzahlungsverpflichtungen aus kurzfristig aufgenommenen Krediten. Erschwert werde die Budgetsituation auch durch die von der vergangenen Regierung getroffenen Gehaltsregelungen für Bundesbeamte.



Botschafter Jolles: Der Plafond für Auslandsanleihen werde in der Schweiz global zwischen der Nationalbank und den schweizerischen Banken festgelegt. Eine Plafonderhöhung für ein einzelnes Land sei daher nicht möglich. Die Frage, die sich hier stelle, sei die von Zuteilungsprioritäten im Rahmen des Plafonds. Bundesrat und Nationalbank haben darauf jedoch keinen direkten Einfluss. Der Bundesrat könne nur Emissionen ablehnen, nicht aber Prioritäten zuteilen, sondern bestenfalls hierfür plädieren. Man kämpfe schon seit Jahren um die Einräumung von Prioritäten an die Weltbank.

Andere bilaterale Fragen

Es gäbe noch eine Reihe anderer, kleinerer bilateraler Wirtschaftsprobleme - wie Holz- und Käseimporte - und er wäre dankbar, wenn diese Fragen seitens der österreichischen Regierung wohlwollend behandelt werden könnten.

Bundesminister Kirchschräger möchte ebenfalls noch gewisse kleinere Fragen bilateraler Natur relevieren.

Das Aussenministerium werde entweder in Bern oder Wien in nächster Zeit eine Liste übergeben, in welcher Informationen über Abwehrlenk Waffen, die Oesterreich derzeit nicht besitze und auch nicht anschaffen könne, erbeten werden.

Weiters sollte es zu einer Verdichtung der Vertragsbeziehungen zwischen Oesterreich und der Schweiz kommen. Er denke hierbei an Gegenseitigkeitserklärungen in Amtshaftungssachen, an verschiedene bilaterale Zusatzabkommen zu europäischen Abkommen und an die Durchführung der Vereinbarungen über die auf dem Gebiete der wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit gemäss dem Protokoll über die diesbezüglichen Besprechungen vom November 1969. Auf letzterem Gebiet könnte man zu noch engeren Abmachungen kommen; Oesterreich wäre bereit, für eine verstärkte Tätigkeit auch Mittel beizustellen.

Bundesrat Graber schliesst die Sitzung.